



KAPER BRIEF

Piratenzeitung zu Berlin

Recht auf sichere Existenz und Teilhabe - statt Hartz IV

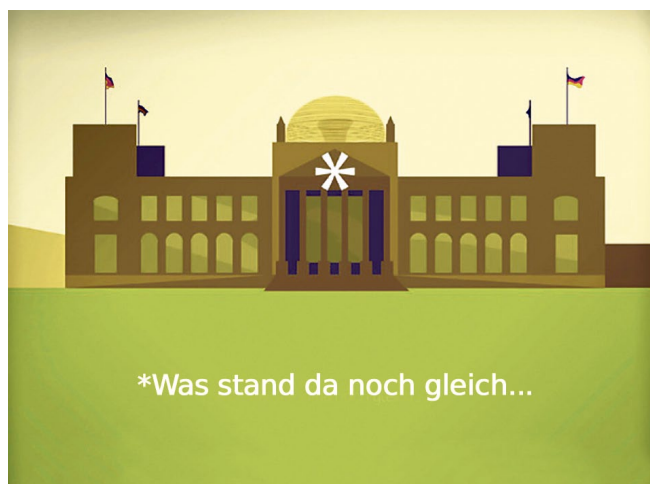
Piraten fordern neue Wege in der Sozialpolitik

Millionen Bürgerinnen und Bürgern, Rentnern und Kindern hat man mit Hartz IV die Existenzangst als vorherrschendes Lebensgefühl verpasst. Das verletzt nach Ansicht der Piratenpartei die Würde des Menschen und beschädigt seine Freiheitsrechte. Die gegenwärtige Krise der maroden Sozialsysteme ist durch eine herkömmliche Politik der Symptom-Bekämpfung nicht mehr zu lösen. Die Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung hängen direkt vom Erwerbseinkommen ab und können nur aus diesem schon seit Jahren nicht mehr finanziert werden. Deshalb haben der Bundesparteitag sowie der Berliner Landesverband der Piraten die Forderung nach einer neuen Sozialpolitik aufgestellt. Die zentrale Aussage lautet:

Jeder Mensch hat das Recht auf eine sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe.

Die Würde des Menschen zu achten und zu schützen ist das wichtigste Gebot des Grundgesetzes. Ein Mensch kann nur in Würde leben, wenn für seine Grundbedürfnisse gesorgt und ihm gesellschaftliche Teilhabe möglich ist. Da das Ziel ein Einkommen zur Existenzsicherung für jeden ist, sollte dieses Einkommen jedem direkt garantiert werden. So wie heute bereits unter anderem öffentliche Sicherheit, Verkehrswege und weite Teile des Bildungssystems ohne direkte Gegenleistung zur Verfügung gestellt werden, soll auch Existenzsicherung Teil der Infrastruktur werden.

Wir Piraten sind der Überzeugung, dass die überwältigende Mehrheit der Menschen eine sichere Existenz als Grundlage für die Entfaltung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Potenziale nutzen wird. Sichere Existenz schafft einen Freiraum für selbstbestimmte Bildung und Forschung sowie wirtschaftliche Innovation. Sie erleichtert und ermöglicht ehrenamtliches



CC-BY-NC-SA: Monika Trochowski

Engagement, beispielsweise die Pflege von Angehörigen, die Fürsorge für Kinder, unabhängigen Journalismus, politische Aktivität oder die Schaffung von Kunst und Kultur. Davon profitiert die ganze Gesellschaft.

Die Piratenpartei setzt sich daher für Lösungen ein, die eine sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe individuell und bedingungslos garantieren und dabei auch wirtschaftliche Freiheit erhalten und ermöglichen.

**Wir wollen Armut verhindern,
nicht Reichtum.**

Zum Weiterlesen...

Seite 2
Grundsatzprogramm Berlin zu
Integration und Migration

Seite 3
Berliner Piraten stellen sich vor

Seite 4
Das Sozialsystem in Schieflage;
Bedingungsloses Grundeinkommen

Seite 5
ReSET: Neustart in Sozialpolitik

Seite 6
Interview mit Denis Simonet zur
Trennung von Staat und Kirche;
WikiLeaks und Whistleblowing

Seite 7
Werde aktiv und unterstütze die
Piraten im Berliner Wahljahr 2011

Seite 8
Kaperbrief - Soziale Netzwerke

Viel Vergnügen wünscht die
Redaktion Kaperbrief!

Meinungen, Kritik, Anregungen,
Leserbriefe: Schreibt uns!
info@kaperbrief.org



CC-BY-NC: xkcd.com

Kaperbrief
Piratenzeitung zu Berlin
ISSN 2191-3056
www.kaperbrief.org



Teilhabe und Grundrechte für Jeden

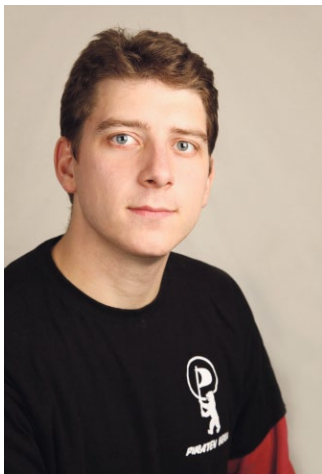
Integration und Migration Grundsatzprogramm der Piratenpartei Berlin - Teil 1

Kaperbrief (KB): Der Beschluss zum Grundsatzprogramm der Piratenpartei Berlin zum Thema „Integration und Migration“ wurde auf der letzten Mitgliederversammlung mit großer Mehrheit angenommen. Du hast als einer der Antragsteller daran mitgearbeitet. Zufrieden?

Fabio Reinhardt (FR): Ja, auf jeden Fall. Dieser Beschluss ist sowohl progressiv als auch liberal. Erfreulicherweise sind die Berliner Piraten noch progressiver, als wir es uns erhofft hatten und stimmten mit überwältigender Mehrheit für unseren ganzheitlichen Integrationsansatz.

KB: Was verstehst Du unter ganzheitlich?

FR: Integration wird nicht als die Frage verstanden, wer sich wem anpassen muss, sondern wie ein friedlicher Prozess des Zusammenwachsens zu einer Gemeinschaft erreicht werden kann, in der alle Menschen über optimale Möglichkeiten und gleiche Startchancen verfügen.



CC-BY-SA: Lisavan, Pirate Images

KB: Wo liegen die Unterschiede zu den Aussagen anderer Parteien?

FR: Unser Programm grenzt sich klar ab vom Bedienen von Klischees, Ressentiments und Vorurteilen, welche leider bei den Altparteien von Links bis FDP verbreitet sind. Integration wird nicht von Ethnie oder Herkunft abhängig gemacht, sondern als umfassendes Konzept einer friedlichen Gesellschaft begriffen. Besonders wichtig ist aber, dass wir Piraten die Chance haben, eine neue Perspektive ins Abgeordnetenhaus zu bringen. Denn Integrations- und Migrationspolitik sollte sich in erster Linie durch Menschlichkeit und die Suche nach kreativen und innovativen Lösungen auszeichnen; etwas was den Altparteien aufgrund von starrem Denken und parlamentarischen Zwängen mittlerweile weitgehend abgeht.

Beschlossener Grundsatz der Berliner Piratenpartei zum Thema Integration und Migration

Integration und Migration

Das Ziel von Integration ist das friedliche Zusammenwachsen zu einer Gemeinschaft, in der die demokratische, kulturelle und wirtschaftliche Teilhabe jedes Einzelnen nicht von Herkunft, Geschlecht, sexueller Identität, Lebensalter, religiöser Überzeugung, körperlichen und geistigen Fähigkeiten oder finanzieller Lage abhängt. Die Verantwortung für Gelingen oder Scheitern dieses Prozesses obliegt der Gesamtheit unserer Gesellschaft und damit jedem Einzelnen.

Solidarität und Verständigung zwischen allen Menschen, unabhängig von ihrem rechtlichen Status und ihrer Herkunft, sind für uns ein hohes Gut. Rassismus jeder Art und andere Formen der Ausgrenzung lehnen wir ab. Berlin lebt von der Vielfalt seiner Einwohner und übt dabei auch eine bundesweite Vorbildfunktion aus. Die Grundrechte sind auf alle Menschen auszudehnen, die in Berlin ihren Lebensmittelpunkt haben. Bestehende Benachteiligungen, die diese Menschen unverhältnismäßig einschränken, müssen beseitigt werden.

Demokratische Beteiligung

Menschen sollen an Entscheidungen, von deren Folgen sie unmittelbar betroffen sind, und den vorbereitenden demokratischen Prozessen möglichst umfassend beteiligt werden. Deshalb haben alle Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt in Berlin haben, das Recht auf umfassende demokratische Mitbestimmung auf allen Ebenen der städtischen Politik. Das bezirkliche Wahlrecht ein sollte nicht den Besitz einer EU-Staatsangehörigkeit voraussetzen.

Darüber hinaus ist die Möglichkeit des Erwerbs der deutschen Staatsangehörigkeit deutlich zu erleichtern. Der Erwerb der Staatsangehörigkeit durch Geburt in Deutschland ist anzustreben. So wird das Wahlrecht auch auf Landes- und Bundesebene ermöglicht.

Freizügigkeit

Die im Grundgesetz verankerte Freizügigkeit soll für alle Menschen in unserer Gesellschaft gelten. Jeder hat das Recht zur freien Wahl des Wohn- und Aufenthaltsortes, daher sprechen wir uns gegen Maßnahmen aus, die Migration verhindern, die innerhalb der Grenzen unseres Bundeslandes stattfindet oder diese überschreitet.

Freier Zugang zu Bildung und Wissen

Der freie Zugang zu Informationen, Wissen und Bildung ist Grundlage für die Teilhabe jedes Einzelnen an unserer Gesellschaft. Dieser Zugang ist für alle Menschen, die in Berlin ihren Lebensmittelpunkt haben, gleichermaßen zu gewährleisten. Hierfür sind eventuelle Hindernisse wie Schülerdatenübermittlungen oder Ausbildungsverbote für Asylsuchende und geduldete Flüchtlinge zu beseitigen.

Das Beherrschen der deutschen Sprache ist eine Schlüsselqualifikation für Austausch, Verständigung und demokratische Beteiligung. Mehrsprachigkeit ist jedoch ein zusätzlicher Gewinn für die Gesellschaft. Daher sind im Bildungssystem der Spracherwerb in der jeweiligen Erstsprache und in weiteren Sprachen zu fördern. Außerdem sind umfangreiche Möglichkeiten für einen mehrsprachigen Unterricht zu schaffen.

In öffentlich finanzierten Einrichtungen sollte der kostenfreie Zugang zu traditionellen und neuen Medien gewährleistet werden. Dies gilt auch für die so genannten Gemeinschaftsunterkünfte und Erstaufnahmeeinrichtungen.

Zugang zum Arbeitsmarkt

Die Beteiligung am sozialen und kulturellen Leben steht und fällt mit der Möglichkeit, sich im Arbeits- und Wirtschaftsleben zu etablieren. Daher setzen wir uns für einen gleichberechtigten Zugang zum Arbeitsmarkt ein. Dies schließt die Gewährung einer uneingeschränkten Arbeitserlaubnis für Asylsuchende und geduldete Flüchtlinge und die weiterreichende Anerkennung von Qualifikationsnachweisen aus dem Heimatland mit ein.

Wir sind an Bord!

Piraten reden über ihre Überzeugungen und Gründe für eine Mitgliedschaft in der Piratenpartei

Ich bin Pirat, weil ich mich nach langen Jahren lediglich als Wähler 2009 einfach selbst engagieren musste. Denn es ist Zeit für eine Renaissance der Demokratie: Personen, die ihr ganzes Leben lang nie etwas anderes als Politik gemacht haben - also Berufspolitiker - repräsentieren das Volk schon länger nicht mehr richtig, von einer Volks-Herrschaft kann keine Rede mehr sein.



Die Piraten sind für mich das richtige Umfeld, denn hier macht jeder mit, vor allem Menschen, die aus „ganz normalen“ Berufen kommen. Ich selbst bin Ingenieur, mache Software und Mikroelektronik und in Zukunft Politik, wenn die Berliner das so entscheiden. Politik für Menschen, Politik für Bürger, nicht gegen sie. Und vor allem eine ehrenhafte Politik und nicht eine, die ganz selbstverständlich glaubt, man müsse Wählerinnen und Wähler grundsätzlich belügen, betrügen, verraten und verkaufen. Damit muss Schluss sein, das wollen die Piraten und das will ich.

Hartmut „Hase“ Senken

Ich bin Pirat, weil ich acht Jahre lang Mitglied der SPD war, habe diese Partei über 32 Jahre immer gewählt – und wurde von Gerhard Schröder und Joschka Fischer maßlos enttäuscht. Agenda 2010, Hartz IV, Kriegseinsätze der Bundeswehr – für mich hatte so etwas mit sozialdemokratischen Ideen nichts mehr zu tun. Und als die SPD in der Großen Koalition mit immer kruderer Ideen „die Sicherheit Deutschlands verbessern“ wollte und dabei unsere Grundrechte mit Füßen trat, war das Maß voll. Nach der Zustimmung der SPD-Fraktion zum „Kinderpornographie-Bekämpfungsgesetz“, besser bekannt als „Zensursula“, musste eine Alternative her.

Aber welche Partei? CDU? Bäh. FPD? Ihh. Grüne? Naja. Die Linke? Igitt. Aber da war ja noch diese komische kleine Piratenpartei. Also mal nen halben Tag durch das Wiki gestöbert – und siehe da, alles, was mir wichtig war, stand da. Hin zu einer Crew, und was soll ich sagen – ich traf auf lauter junge, motivierte Menschen, bei denen ich mich sofort wohlfühlt habe. Und dieses Gefühl des „Bei-den-Richtigen-sein“ hat mich nicht verlassen.

Darum also bin ich Pirat: die richtigen Ideen für die richtige Politik, Menschen, unter denen ich mich sehr wohl fühle, die Möglichkeit für mich, was zu tun, ohne immer das Gefühl haben zu müssen, „die da oben“ machen doch, was sie wollen. Und dass ich mit 52 Jahren noch mal in die Politik einsteigen würde, hätte ich, bevor ich auf die Piraten traf, nicht gedacht!

Siegfried Schlosser (Sigiberlin)

Ich bin Pirat, weil Piraten guten Argumenten tatsächlich zuhören und politische Fragen auch mal völlig neu durchdenken. Der etablierte politische Diskurs findet hingegen oft in verknöcherten, festgefahrenen Denk- und Organisationsstrukturen statt. Außerdem werden derzeit die Weichen für die Politik des 21. Jahrhunderts gestellt – oft im Verborgenen, über die Köpfe der Betroffenen hinweg und dann auch noch in die falsche Richtung.

Deshalb will ich mich für unangetastete Bürgerrechte, den freien Zugang zu Wissen und Kultur und ein mehr an demokratischer Mitbestimmung einsetzen.



Durch die gelebte, transparente Basisdemokratie unserer „Mitmachpartei“ konnte ich das auch von Anfang an gleichberechtigt tun.

Lena Rohrbach



Unser Sozialsystem ist in Schieflage

Arbeitslosigkeit und prekäre Arbeitsverhältnisse nehmen überhand

Als Reichskanzler Otto von Bismarck in den 1880er Jahren mit der Einführung der Kranken-, Unfall- und Rentenversicherung auf die steigende soziale Not der Arbeiterschaft reagierte, schuf er das heute noch gültige Modell des Sozialstaates, das von vielen anderen Ländern übernommen oder kopiert wurde. Damals funktionierte dieses System gut, da sich Versicherungsbeiträge und Leistungen die Waage hielten und nur minimale staatliche Zuschüsse erforderlich waren. Heute ist die Situation eine völlig andere: Aus den Versicherungsbeiträgen können beispielsweise die Kosten der Arbeitslosigkeit schon lange nicht mehr bestritten werden; mehr als die Hälfte werden von Bund, Ländern und Gemeinden aufgebracht. Bei den anderen Leistungsbereichen sieht es nicht besser aus. Kürzlich erst fehlten den Krankenkassen 10 Milliarden Euro, dann entstehen wegen der demografischen Veränderungen und der durch die Massenarbeitslosigkeit geminderten Einnahmen Defizite bei der Pflegeversicherung, das Rentenalter soll ebenfalls aus Finanzierungsproblemen erhöht werden und so weiter und so weiter.

Neu orientieren statt nur Löcher stopfen!

Die Sozialpolitiker versuchen die Löcher zu stopfen, statt einmal über grundlegende Neuorientierungen nachzudenken. Zudem macht sich bei den sogenannten „Sozialreformen“ der Eindruck breit, dass die Milliardenlöcher bei Wahnsinnsprojekten wie der Endlagerung

in Gorleben, dem Stuttgarter Bahnhof oder der Bankensanierung ausgerechnet von den Ärmsten der Republik durch Leistungskürzungen getragen werden sollen. Wenn selbst so bescheidene Maßnahmen wie die zum 1. Januar 2011 geplante Erhöhung der Hartz IV-Bezüge um magere 5 Euro auf verfassungsrechtliche Be-



CC-BY-SA: Lisavan, Pirate Images

denken stößt, stimmt etwas nicht. Und welche Schämigkeit spricht aus der Tatsache, dass im Jahre 2007 mit steigender Tendenz rund 500.000 EmpfängerInnen von Arbeitslosengeld und -hilfe die Leistungen gesperrt wurden wegen „unzureichender Eigenbemühungen“ oder „Meldeversäumnissen“. Die Existenzangst betrifft heute nicht mehr nur Arbeitssuchende. Die stetige Zunahme der Zahl von Arbeitsplätzen mit zu geringer Einkommenssicherheit bei Nichtselbstständigen und Selbstständigen, die prekären, d.h. schlecht bezahlten und unsicheren Arbeitsverhältnisse sind besorgniserregend. Dazu zählen Scheinselbstständigkeit, Ich-AG, Schwarzarbeit, Arbeitnehmerüberlassung, Minijob, Ein-Euro-Job, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und die Generation Praktikum.

Bedingungsloses Grundeinkommen in breiter Diskussion

Aus der sozialpolitischen Misere könnte ein Finanzmodell führen, bei dem jeder Bürger eine bestimmte und gleiche finanzielle Zuwendung erhält, ohne dass diese Zahlung an bestimmte Bedingungen wie Bedürftigkeit oder Erwerbstätigkeit geknüpft ist. Das jedenfalls diskutieren immer mehr Wissenschaftler und Politiker als ernstzunehmende Alternative. Das Konzept des Bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) führt außerdem zu einem deutlichen Abbau von Bürokratie, denn die bisher aus Steuern gezahlten Sozialleistungen

wie Arbeitslosengeld, Sozialhilfe, Bafög oder Kindergeld würden in das Grundeinkommen eingerechnet und damit entfallen. Allein dieser Aspekt verdient Beachtung, denn die entwürdigenden Methoden der Überprüfung und Überwachung von Sozialhilfe- und Arbeitslosenhilfe-Empfängern sind unerträglich. Allerdings konkurrieren viele Modelle eines Bedingungslosen Grundeinkommens wie das „Bandbreitenmodell“ oder die „Negative Einkommensteuer“. Verschiedene Initiativen wollen das BGE stufenweise einführen, also bei-

Einige Fakten zum Nachdenken

- Gesamtkosten der Arbeitslosigkeit 2007: **67,6 Milliarden Euro**
- Hartz IV- und Sozialhilfeempfänger in Berlin 2009 : **21,3%** (ohne Rentner)
- Anteil der befristet Beschäftigten unter 25 Jahren 2008: **48,6%**
- Beschäftigte in Mini-Jobs 2009: **7,3 Millionen**
- Atypische Beschäftigung 2008: **12,107 Millionen**
- Zahl der Firmenkonkurse 2010 (geschätzt): **32.100 mit 240.000 Jobverlusten**
- Kurzarbeiter-/innen 2010: **486.421**
- Lebensunterhalt aus Erwerbstätigkeit 2007: nur noch **41,7%** der Bevölkerung
- Armutsgefährdungsquote 2009: **14,6%** (in Berlin: 19%)
- Armutsgefährdungsquote bei Alleinerziehenden mit Kindern 2007: **39%**

Quellen:
Hans Böckler Stiftung,
Uni Duisburg/Essen
(www.sozialpolitik-aktuell.de),
Statistisches Bundesamt

spielsweise zunächst für Geringverdiener oder Kinder und Jugendliche, um es dann nach und nach auf die gesamte Bevölkerung auszudehnen.

Unterschiedliche Meinungen gibt es auch bei der Frage der Finanzierung. Ein interessanter Ansatz sieht vor, die Einkommensteuer allmählich abzuschaffen und gleichzeitig die Mehrwertsteuer zu erhöhen. Näheres zu diesem Vorschlag siehe: www.unternimm-die-zukunft.de

ReSET: Neustart in der Sozialpolitik

Interview Berliner Piraten nehmen das Bedingungslose Grundeinkommen ins Programm

Auf dem Bundesparteitag in Chemnitz (20./21.11.2010) wurde mit der Zustimmung des Antrages von Georg Jähnig ein Beschluss zum Recht auf sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe, kurz ReSET, gefasst. Darin steht: „Die Piratenpartei setzt sich [daher] für Lösungen ein, die eine sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe individuell und bedingungslos garantieren und dabei auch wirtschaftliche Freiheit erhalten und ermöglichen.“

Kaperbrief (KB): Georg Jähnig, siehst du die Annahme deines Antrags als Beschluss der Piraten für ein Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE)?

Georg Jähnig (GJ): Wir haben uns mit überwältigender Mehrheit für ein Ziel ausgesprochen, zu dem das BGE ein passendes Mittel sein kann, aber nicht muss. Ein anderes Mittel könnte z.B. eine bedingungslose Grundsicherung sein, die Leistungen nur an Menschen mit zu niedrigem Einkommen auszahlt.

Ich finde jedoch, dass in der sonstigen BGE-Diskussion eine Frage eigentlich die zentrale Rolle spielt: „Soll jeder Mensch in Würde leben können, egal was er tut oder was er lässt?“ Die Piraten haben hier mit deutlicher Mehrheit mit ja geantwortet. Im Übrigen halte ich die Frage nach „BGE ja oder nein?“ inzwischen für viel ungenauer als die Frage „Existenz und Teilhabe bedingungslos für jeden ja oder nein?“. Als BGE kursieren nämlich auch Modelle, deren Höhe und Ausgestaltung das nicht abdecken würde.

Frank Mai (FM): Das BGE wurde bundesweit noch nicht explizit beschlossen. Jedoch verabschiedeten die Berliner Piraten schon auf ihrer Landesmitgliederversammlung im Oktober 2010 ebenfalls fast einstimmig zusätzlich ein Positionspapier, in dem Sie sich für ein bedingungsloses Grundeinkommen gemäß der vier Kriterien des Netzwerkes Grundeinkommen aussprechen, nämlich, dass es eine existenz- und teilhabesichernde Höhe hat, ein

individueller Rechtsanspruch besteht, keine Bedürftigkeitsprüfung anfällt und kein Zwang zur Arbeit besteht. Zu diesem Positionspapier kamen wir leider auf dem Bundesparteitag nicht mehr.

KB: Wie wollt ihr weiter vorgehen, damit das Grundeinkommen fester Bestandteil des Programms der Piraten wird?

GJ: Wir „BGE-Piraten“ wollen nun umfassend über die schon bestehenden Modelle informieren, so dass vor allem erst einmal viele Unklarheiten und Missverständnisse beseitigt werden, die oft ums BGE kreisen. Einen Anfang macht ein sehr ausführliches Audio-Interview mit Ralph Boes, der alle Details des sogenannten „Konsumsteuer-Modells“ erklärt, das vor allem durch den Drogerieunternehmer Götz Werner bekannt wurde.

FM: Um die Diskussion darum, wie wir ReSET konkret umsetzen wollen, zu beleben, haben wir jetzt die AG ReSET gegründet, die die Seite www.projekt-reset.de betreibt. Hier wollen wir die wichtigen volkswirtschaftlich relevanten Daten sammeln, bestehende Konzepte von anderen Initiativen auswerten, eigene Ideen entwickeln und in Konzepte gießen. Wir arbeiten

sowohl an der Ausformulierung eines auf einer Konsumsteuer basierenden Modells als auch an einem Modell mit Negativer Einkommenssteuer, bei dem das Grundeinkommen mit der Einkommenssteuer verrechnet wird.

KB: Die Presse hat den Beschluss sehr unterschiedlich interpretiert. Teils war von einer klaren Positionierung für das BGE die Rede, teils wurde gar ein Linksruck oder die Positionierung als linksliberale Partei ausgemacht. Wie seht ihr das?

Frank Mai (FM), 36, ist Mitglied der bundesweiten AG Bedingungsloses Grundeinkommen der Piratenpartei Deutschland und brachte das Thema in den letzten Monaten in der Partei entscheidend voran. Für ihn stehen sowohl das BGE als auch die Piraten für eine liberale und soziale Politik.

FM: Die Mitglieder der Piraten waren in ihrer Mehrheit meiner Ansicht nach schon immer eher im sozialliberalen Bereich, wenn man diese Positionsbeschreibung wirklich verwenden will. Es wurde nur noch nie

so deutlich wie mit diesen Beschlüssen. Wir sind in gesellschaftlichen Fragen wie etwa der Queer- und Familienpolitik, der Suchtpolitik oder der Bildung deutlich liberaler als die Grünen, ganz zu schweigen von der FDP. Ich finde, eine wirklich liberale Bürgerrechtspartei, die ein gesellschaftliches Gewissen hat, hat diesem Land wirklich gefehlt.

GJ: „Linksruck“ suggeriert ja, wir hätten unsere Positionen verändert. Aber gerade bei Sozialpolitik oder auch bei Familienpolitik hatten wir vorher gar keine Position im Programm - also konnten wir da auch nichts ändern. Vielmehr haben wir uns erweitert - unsere bisherigen Werte und Ansätze z.B. aus der Netzpolitik übertragen auf die neuen Bereiche.

Wenn es nun Menschen hilft, uns „linksliberal“ zu nennen, um uns besser einordnen zu können, dann will ich nichts dagegen haben. Ich selbst finde nur solche Begriffe sehr verkürzend und damit wenig hilfreich. Gerade die sehr vielfältige BGE-Szene zeigt, mit welchen verschiedenen Hintergründen Menschen sich zu einem Thema zusammenfinden können. Je komplexer die Welt und damit die zu treffenden politischen Entscheidungen werden, desto weniger kann man Politik mit solchen Etiketten einordnen. Deshalb setzen wir Piraten uns auch für mehr Direkte Demokratie und Liquid Democracy ein.



KAPITALISMUS

KOMMUNISMUS

GRUNDEINKOMMEN

CC-BY-SA: Jorges

Links

Original-Antrag zu ReSET:
<http://kaperbrief.org/reset>
 AG ReSET:
www.projekt-reset.de
 Audio-Interview mit Ralph Boes:
<http://kaperbrief.org/boes>

Piraten Schweiz für religionskritischen Staat

International Piraten-Präsident Denis Simonet über den Laizismus

Die Piratenpartei Schweiz fordert einen laizistischen Staat. Der Kaperbrief sprach mit Denis Simonet, dem Präsidenten der dortigen Schwesterteilung.

Kaperbrief (KB): Eure Partei fordert einen laizistischen Staat. Was kann man darunter verstehen?



Denis Simonet (DS): Laizismus ist die Trennung von Staat und Religion. Den staatlichen Institutionen wird damit religiöse Neutralität vorgeschrieben. Die Kirche wird dadurch also zur Privatsache erklärt. In Frankreich, Japan, Indien,

Mexiko, der Türkei und weiteren Ländern ist dieses Prinzip in der Verfassung verankert.

KB: Wie sieht das in der Praxis aus?

DS: Ein Vergleich: Sex gehört in den Privatbereich. Der Staat soll sich nicht in die Sexualpraktiken zweier erwachsener Menschen, die einvernehmlich handeln, einmischen. Die staatlichen Institutionen betreiben zwar Aufklärung, haben sich aber bezüglich sexueller Präferenz neutral zu verhalten. Sex ist durch diese fehlen-

de staatliche Regulierung aber weder verboten noch etwas schlechtes.

Beim Laizismus ist es ähnlich. Ein Beispiel: Im Schulunterricht bedeutet die vom Laizismus gebotene Säkularisierung, dass es keinen Religionsunterricht mehr gibt. Stattdessen wäre der Unterricht über Religionen aber wünschenswert. In diesem Unterricht würden die Inhalte einer kritischen Diskussion ausgesetzt, wohingegen beim "klassischen" Religionsunterricht vermittelt wird, woran die Schüler zu glauben haben. Religionen werden dadurch nicht als etwas schlechtes dargestellt. Um mich noch einmal eines Vergleichs zu bedienen: Die Eltern dürften wohl erleichtert sein, dass an Schulen zwar über Sexualität unterrichtet wird, im Unterricht aber kein Sex praktiziert wird. Laizismus ist kein Verbot von Religion oder religiöser Praxis in der Öffentlichkeit!

KB: Kann Religion überhaupt Privatsache sein?

Wenn wir Laizismus fordern, dann lehnen wir eine staatliche Regulierung von Religionen ab. Per Definition wird Religion somit zur Privatsache erklärt. Das Gegenteil ist die öffentliche Sache; das sind Angelegenheiten, die staatlich reguliert werden. Religiöse Gruppen wehren sich natürlich gegen den Laizismus, weil sie ihre religiösen Traditionen gesetzlich vorschreiben wollen – auch denen, die überhaupt nicht

den Glauben haben. So werden sich christlich religiöse Gruppen immer dafür einsetzen, dass das staatliche Sonntags-Arbeitsverbot erhalten bleibt.



Gibt es ein|
 gibt es ein leben nach dem tod
 gibt es einen gott
 gibt es eine seele
 gibt es ein leben nach der geburt
 gibt es eine skihalle in berlin
 gibt es einen weihnachtsmann
 gibt es einhorn
 gibt es ein jüdisches gen
 gibt es einen jailbreak für 4.1
 gibt es ein big brother 11

Google-Suche Auf gut Glück!

Weitere Informationen

Auch wenn Religion Privatsache ist, darf weiterhin jeder jeden von seiner Religion zu überzeugen versuchen. Man darf weiterhin das Spaghettimonster, Allah oder Gott öffentlich verehren. Damit der Laizismus seine Gültigkeit hat, darf aber keine staatliche Autorität eingesetzt werden, um religiöses Handeln oder Glauben zu propagieren.

Nähere Informationen zu der Schweizer Piratenpartei unter: www.piraten-partei.ch

WikiLeaks Piratenparteien weltweit unterstützen die Whistleblowing-Plattform

Spätestens seit der Verhaftung von Julian Assange, dem prominentesten Sprecher von WikiLeaks, und der Offensive einiger ehemaliger Vertragspartner gegen WikiLeaks hat es die Whistleblowing-Plattform in die Offline-Medien und damit die breite Öffentlichkeit geschafft. Viele Piratenparteien weltweit unterstützen WikiLeaks mit „Spiegelungen“, also Kopien der Daten, auf ihren Web-Servern. Die Piraten sehen in der Verfolgung von WikiLeaks eine klare Bedrohung der Informationsfreiheit im Internet, aber auch darüber hinaus, indem eine zentrale Plattform für das Whistleblowing quasi zum Abschuss freigegeben wird.

Whistleblowing meint den ethisch begründeten Geheimnisverrat eines Insiders. Der Whistleblower gibt der Öffentlichkeit Hinweise zu internen Vorgängen oder Tatsachen, die er für höchst kritikwürdig hält und die allgemein bekannt sein sollten. Als „Frühwarnsystem“

können Whistleblower in Unternehmen und staatlichen Institutionen helfen, Fehlentwicklungen wie Korruption, aber auch andere „schmutzige“ Geschäftspraktiken, bekannt zu machen und das gerechtfertigte Interesse der Allgemeinheit zu schützen. Da ein solcher „Geheimnisverrat“ aber unter keinem rechtlichen Schutz steht, im Gegenteil Kündigung und sogar Strafverfolgung nach sich ziehen kann, sind Whistleblower auf besondere Wege angewiesen. Zum Einen können sie versuchen, Journalisten, die an den Quellenschutz gebunden sind, auf ihr Anliegen aufmerksam zu machen. Zum

Artikel 19 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (UN, 10.12.1948):

„Jeder hat das Recht auf Meinungs-freiheit und freie Meinungsäußerung; dieses Recht schließt die Freiheit ein, Meinungen ungehindert anzuhängen sowie über Medien jeder Art und ohne Rücksicht auf Grenzen Informationen und Gedankengut zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.“

Anderen, und das ist die Methode, die gerade für Furore sorgt, können sie eine Online-Plattform nutzen, die eine anonyme Datenübertragung ermöglicht. WikiLeaks wurde weltweit bekannt, als es im April 2010 das sogenannte „Collateral-Murder“-Video öffentlich machte, und der

Welt damit den schmutzigen Krieg in Irak vor Augen führte. Wie ernst die Regierungen, insbesondere die amerikanische, den „Verrat“ der militärischen Geheimnisse nehmen, wird an der Anklage von Bradley Manning, dem Soldaten, der mutmaßlich das Video weitergegeben hat, sichtbar: Ihm drohen 52 Jahre Haft.

Dabei sein statt nur dagegen!

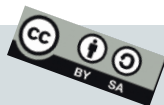
Werde aktiv und unterstütze die Piraten im Berliner Wahljahr 2011!

Die Redaktion des Kaperbriefs freut sich über jede Hilfe. Die Piratenpartei verfügt nur über wenige Finanzmittel. Aktivitäten wie der Kaperbrief werden daher ausschließlich über Spenden möglich. Wir bitten deshalb um Spenden an die Piratenpartei Berlin:

Konto 1103713200
BLZ 43060967
GLS Gemeinschaftsbank
Als Verwendungszweck bitte angeben:
Spende Kaperbrief
Wer Namen und Anschrift angibt, erhält natürlich auch eine Spendenbescheinigung.

Die Redaktion freut sich übrigens nicht nur über E-Mails, sondern auch über reale Post und neue Mitglieder.

Impressum



Kaperbrief – Piratenzeitung zu Berlin
ISSN: 2191-3056

Herausgeber:
Piratenpartei Deutschland, LV Berlin
Pflugstraße 9a, 10115 Berlin
Telefon: 030/60982288-0
Fax: 030/60982288-9

Internet: www.kaperbrief.org
Briefe an die Redaktion:
info@kaperbrief.org

Redaktion: Stefan Gerecke, Manuela Schauerhammer, Dietmar Strauch (V.i.S.d.P.), Kathi Woitas
Bildredaktion: Lisa Vanovitch

Druck: Henke Pressedruck, Berlin

Copyleft:
Alle durch die Kaperbrief-Redaktion erstellten Inhalte werden unter der Creative-Commons-Lizenz Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 veröffentlicht (siehe <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/>). Jeder darf unter den Bedingungen dieser Lizenz Beiträge vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen. Abbildungen und Fotos können unter einer abweichenden Lizenz stehen.

Mitgliedsantrag



An die
Piratenpartei Deutschland Berlin
Pflugstr. 9a

10115 Berlin

Fax: +49 (0)30 609 822 889

Hiermit beantrage ich die Mitgliedschaft in der Piratenpartei Deutschland Berlin.

Vorname	Name	Geburtsdatum
Anschrift	PLZ und Ort	E-mailadresse

Mitglied in der Piratenpartei Deutschland Berlin kann jede Person werden, die das 16te Lebensjahr vollendet hat. Bei minderjährigen Antragstellern muss dieser Antrag von den Erziehungsberechtigten unterschrieben werden.

Staatsangehörigkeit

Der Mitgliedsbeitrag beträgt laut Bundessatzung 36,- € jährlich und ist zum 1.1. des Jahres im Voraus fällig. Im Beitrittsjahr wird er anteilig ab dem Beitrittsmonat berechnet und ist sofort fällig. Wenn Du mehr als 36,00 € im Jahr zahlen möchtest, dann trage im Feld Mitgliedsbeitrag den Betrag ein, den Du bereit bist zu zahlen. Du kannst Deinen Mitgliedsbeitrag vor jeder Fälligkeit durch schriftliche Erklärung anpassen. Sollte Dein Einkommen nicht ausreichen um 36,00 € im Jahr zu zahlen, trage einen Betrag im Feld Mitgliedsbeitrag ein, der Deinen finanziellen Möglichkeiten entspricht.

Mitgliedsbeitrag

Bitte bedenke bei der Wahl Deines Mitgliedsbeitrages auch, dass die Piratenpartei Deutschland laut PartG §18 für jeden Euro Mitgliedsbeitrag oder Spende (max. 3300,- €) ca. 1,- € aus der staatlichen Parteienfinanzierung dazu bekommt.

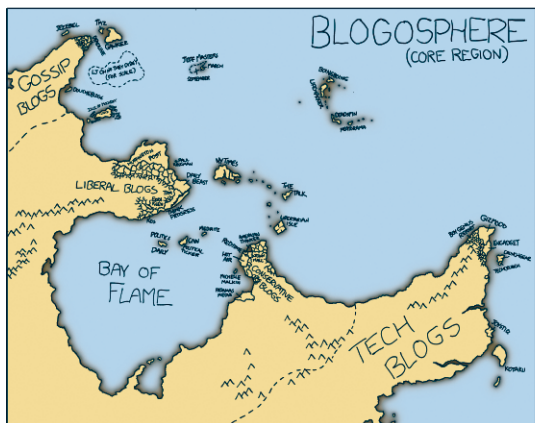
Du kannst 50 % der von Dir gezahlten Mitgliedsbeiträge und Spenden (max. 825,- €) laut EStG §34g von Deiner Einkommensteuer abziehen. Sollte im Laufe eines Jahres mehr zusammen kommen ist Dieser Betrag laut EStG §10b als Sonderausgabe vom zu versteuernden Einkommen abzugsfähig. Am Ende des Jahres wird allen Mitgliedern eine Zuwendungsbescheinigung für das Finanzamt zugesandt.

Mit meiner Unterschrift bestätige ich, dass ich die folgenden Information zur Kenntnis genommen habe:

Die Piratenpartei Deutschland speichert und verarbeitet die personenbezogenen Daten aus diesem Mitgliedsantrag in einem vom Bundesverband betriebenen zentralen Mitgliederverwaltungssystem sowie in dezentralen Systemen einzelner Gliederungen. Die Speicherung und Verarbeitung der Daten dient ausschließlich internen Zwecken der Partei, insbesondere der Kommunikation mit den Mitgliedern, der Abrechnung von Spenden und Mitgliedsbeiträgen, der Rechenschaftslegung im Sinne des Parteiengesetzes und der Überprüfung von Wahl- und Stimmberechtigungen in Sitzungen der Parteiorgane sowie der Teilnahmerechtigungen in von der Partei betriebenen IT-Systemen. Eine Weitergabe an Dritte außerhalb der Partei z.B. für Werbezwecke findet nicht statt.

Ort	Datum	Unterschrift des Antragstellers
Ort	Datum	Unterschrift des Erziehungsberechtigten

Als erste Anlaufstation für Neupiraten empfehlen wir das Squad counselor, eine Crew in Deiner Nähe und natürlich das Wiki. Willkommen an Bord, Pirat.



NETZWERKE STEIGEN AUF UND GEHEN UNTER UND DIE GESAMTANZAHL DER MITGLIEDER IST KEIN GUTER MAßSTAB DER AKTUELLEN GRÖßE UND GESUNDHEIT EINES NETZWERKES MEHR. DIESE KARTE VERWENDET GRÖßE, UM DIE GESAMTE SOZIALE AKTIVITÄT INNERHALB EINER COMMUNITY DARZUSTELLEN, DAS HEIßT, WIE VIEL DORT GESPROCHEN, GESPIELT, GETEILT ODER ANDERS SOZIALISIERT WIRD. DAS BEDEUTET ÄPFEL MIT BIRNEN ZU VERGLEICHEN, ABER ICH HABE VERSUCHT KONSEQUENT ZU BLEIBEN.

SCHÄTZUNGEN BASIEREN AUF DEN BESTEN ZAHLEN, DIE ICH FINDEN KONNTE, ABER BEINHALTEN AUCH VIEL RÄTEL-RATEN, EINGREIFEN IN STATISTIKEN, ZUFÄLLIGE MOMENTWERTE, EIN ARBEITSBLATT MIT 20.000 ZELLEN, E-MAILS, ÜBERREDEN, LESEN IN TEEBLÄTTERN, ZIEGENOPFERUNGEN UND BAUCHGEFÜHL (D.H. SACHEN ERFINDEN).

DIE QUELLEN UMFASSEN GOOGLE UND BING, WIKIPEDIA, ALEXA, BIG-BOARDS.COM, STUMBLEUPON, WORDPRESS, AKISMET, JEDE WEBSEITEN-STATISTIKANALYSE, DIE ICH FINDEN KONNTE, PRESSEMITTEILUNGEN, MEDIENBERICHTE UND EINZELNE WEBSEITEN-MITARBEITER. DANK INSBESONDERE AN DIE LEUTE VON LAST.FM, LIVEJOURNAL, REDDIT UND DEN NEW YORK TIMES, SOWIE SYSADMS UND EINIGE WEBSEITEN, DIE STATISTIKEN UNTER DER BEDINGUNG ANONYMITÄT FREIGEBEN.

CC-BY-NC: xkcd.com (Übersetzung: Redaktion)

Soziale Netzwerke prägen unsere heutigen Kommunikationsformen, unser soziales Verhalten, unsere Selbstdarstellung und die Methoden, wie wir uns informieren. Aus diesen Online-Communities entsteht eine virtuelle Erweiterung unserer Welt, wie sie oben metaphorisch illustriert ist. Schiff ahoi!

